

POSITIONEN

der Ernährungsindustrie zur Bundestagswahl 2017

Vorwort

Der Zugang zu Nahrung ist ein Menschenrecht. Noch immer hungern weltweit fast 800 Millionen Menschen. In vielen Regionen der Welt herrschen weiter Wasser- und Kalorienmangel. Dagegen bestimmen Vielfalt, Sicherheit und umfassende Verfügbarkeit von Lebensmitteln die Ernährungssituation in den entwickelten Ländern. Diese Widersprüchlichkeit ist die Grundlage der Herausforderungen der Ernährungsindustrie im Zeitalter der Globalisierung. Ohne industrielle Veredelung von Lebensmitteln sind Fortschritt, Gesundheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit nicht zu erreichen, sind die globalen Probleme der Menschheit nicht zu lösen. Die Ernährungsindustrie stellt sich dieser Verantwortung und bietet eine Fülle von Lösungsansätzen und Lösungsumsetzungen an.

Die Ernährungsindustrie in Deutschland steht für Sicherheit, Qualität, Fülle und Bezahlbarkeit von Lebensmitteln. Sie ist stark in der Region, Essen und Nahrung sind hierzulande ein Stück Heimat. Eine weltweit einmalige Produktvielfalt ermöglicht jede Form von Lebensstil. Die günstigen Preise sind dabei eine soziale Errungenschaft. Jeder kann sich über seine Ernährung definieren und erhält ein passendes Angebot.

Ernährung ist mittlerweile in Deutschland mehr als satt machen. Nahrung bietet auch Mehrwert: Gesundheit und Genuss sind möglich. Die Bürger brauchen Hilfestellung, um ihren Weg bewusst gehen zu können: Bildung, Beratung, Bewegung und ein breites Angebot.

Um auch in Zukunft diesen Ernährungswohlstand zu sichern, um fähig zu sein, globale Verantwortung anzunehmen und anzugehen, um künftigen Generationen die gleichen Chancen und Angebote machen zu können, benötigt die Branche die richtigen Rahmenbedingungen.

1. Die Ernährungsindustrie stärken

Die Ernährungsindustrie ist in allen Regionen Deutschlands ein bedeutender und stabiler Arbeitgeber und ein Garant für Wohlstand und Beschäftigung. Die Branche steht jedoch vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Trotz der insgesamt guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist die Ertragslage in den Betrieben seit Jahren angespannt; in den letzten 20 Jahren blieb die Gewinnentwicklung hinter der Gesamtwirtschaft zurück. Wir fordern daher, alle Politikbereiche und -vorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu prüfen. Im Fokus müssen dabei insbesondere Entlastungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie eine erhöhte Planungssicherheit stehen. Die Rahmenbedingungen für die Industrie, als wirtschaftlicher Kern Deutschlands, müssen auch künftig Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik sein.

Diese Forderung gilt es auch auf europäischer Ebene umzusetzen. Die Vollendung des Binnenmarktes sowie einheitliche EU-Regeln sind unabdingbare Voraussetzungen, um unnötige Bürokratie zu vermeiden und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Die Verschärfung von EU-Recht bei der Umsetzung der EU-Vorgaben in den Mitgliedstaaten geht zu Lasten der Unternehmen und ist abzulehnen.



2. Keine Bevormundung der Verbraucher

Verbraucher sorgen durch ihre individuellen Kaufentscheidungen für ein vielfältiges, zu den eigenen Bedürfnissen passendes Lebensmittelangebot. Angesichts der Vielfältigkeit unserer Gesellschaft muss das Leitbild in der Verbraucherpolitik deshalb lauten: Verbraucher handeln selbstbestimmt.

Maßnahmen, die eine Konsumlenkung zum Ziel haben, den Verbraucher bevormunden oder den Unternehmen neue und aufwändige Kennzeichnungs- und Informationspflichten ohne erkennbaren Mehrwert für die Verbraucher auferlegen, lehnen wir ab.

Jegliche Eingriffe des Staates in den Markt müssen verhältnismäßig und wissenschaftlich fundiert sein. Die Eigenverantwortung der Verbraucher muss durch geeignete Verbraucherbildung und -information gestärkt werden.





3. Keine Steuer- und Abgabenerhöhungen bei Lebensmitteln

Lebensmittel erfüllen ein existenzielles Grundbedürfnis. Auch zukünftig müssen für alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittel zu angemessenen Preisen verfügbar sein.

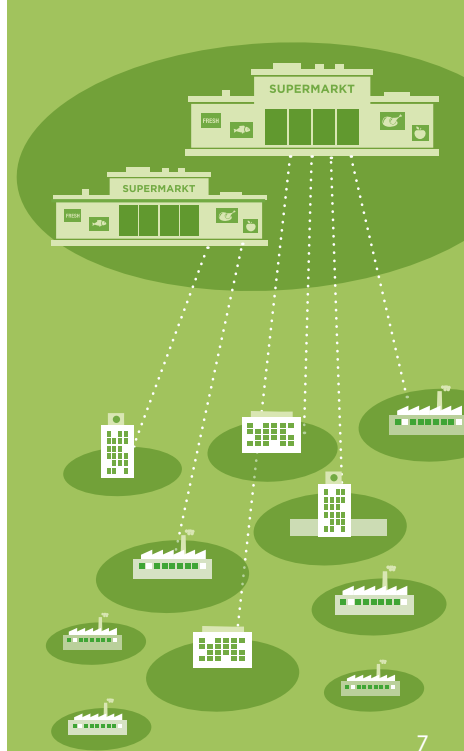
Steuererhöhungen bei Lebensmitteln würden die ohnehin angespannte Ertragslage der kleinen und mittelständischen Unternehmen der Ernährungsindustrie weiter schwächen und vor allem einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und Familien mit Kindern erheblich belasten.

Wir fordern die Politik deshalb auf, Mehrwertsteuererhöhungen bei Lebensmitteln und marktverzerrenden Lebensmittelverbrauchsteuern eine klare Absage zu erteilen.

4. Wettbewerb fair gestalten

Der Wettbewerb im Lebensmittelmarkt ist so intensiv wie in kaum einer anderen Branche. Die rund 6.000 Unternehmen der Ernährungsindustrie stehen einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel gegenüber.

Bei der Genehmigung von Unternehmenszusammenschlüssen im Lebensmitteleinzelhandel muss dieser Situation angemessen Rechnung getragen werden. Darüber hinaus muss die Politik weiterhin im Blick haben, dass mit der Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel eine Verhandlungsstärke verbunden ist, die für die Hersteller häufig zu diskriminierenden Auswirkungen führt.





5. Auslandsgeschäft fördern

Die Ernährungsindustrie ist vom globalen Agrarhandel abhängig. Jeder dritte Euro der Branche wird im Export erwirtschaftet, Investitionen im Ausland bauen Marktchancen aus. Das Auslandsgeschäft bietet der Branche langfristig Absatz- und Wachstumsmöglichkeiten und sichert sie gegen volatile Marktentwicklungen ab.

Zur Stärkung des Exportgeschäftes und Öffnung neuer Märkte sind multi- und bilaterale Handelsabkommen – auf Ebene der WTO und mit strategisch wichtigen Märkten –, bilaterale Abkommen und Zertifikate zur Tier- und Pflanzengesundheit sowie darüber hinaus eine gezielte Exportförderung durch die Bundesregierung erforderlich.

Die Umsetzung und Anwendung dieser Instrumente muss koordiniert, die Zollabwicklung praxistauglich erfolgen und den Erfordernissen kleiner und mittelständischer Betriebe gerecht werden.

6. Wettbewerbsfähige Energie sicherstellen

Die jederzeitige Verfügbarkeit von Energie ist für die Ernährungsindustrie unerlässlich. Dies gilt gleichermaßen für wettbewerbsfähige Energiepreise. Insbesondere die Strompreise in Deutschland zeichnen sich durch hohe Anteile an staatlichen Abgaben und Umlagen aus. Dies führt zu Wettbewerbsnachteilen von deutschen Nahrungsmittelherstellern gegenüber ihren internationalen Konkurrenten.

Vor diesem Hintergrund muss die Politik für ein schlüssiges Energiekonzept Sorge tragen. Dies beinhaltet auch den Umbau der bestehenden Förderpolitik, die bislang vor allem auf die Erzeugungskapazität erneuerbarer Energien ausgerichtet ist. Der Fokus muss zukünftig auf den Netzausbau, auf Speichertechnologien und die Energieforschung ausgerichtet werden.





7. Keine Überregulierung in der Umwelt- und Klimapolitik

Der Umgang mit den Umweltmedien bedarf einer besonderen Schonung. Dies muss im Rahmen einer ausgewogenen Gestaltung des Umweltrechts – insbesondere des Anlagenrechts für den Betrieb und die Zulassung von Produktionsanlagen – gewährleistet werden.

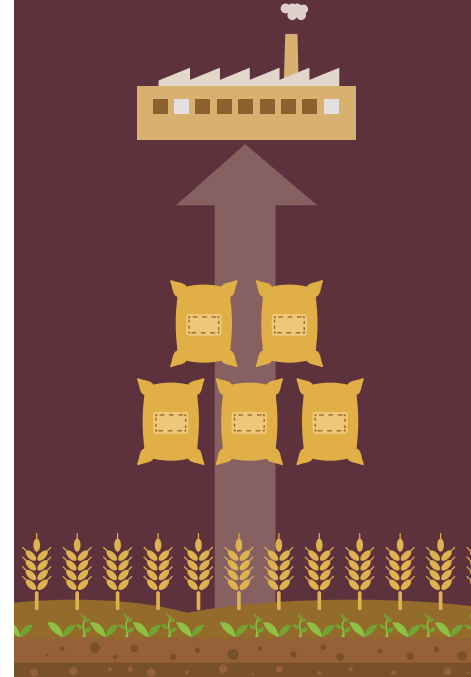
Bei der Umsetzung europäischen Rechts darf kein „Draufsatteln“ erfolgen, das die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Lebensmittelhersteller beeinträchtigt. Die Diskussionen über einen „nachhaltigen Konsum“ und die damit verbundenen Auswirkungen für das Klima müssen sachbezogen und abwägend geführt werden.

Im Fokus der zu treffenden Maßnahmen müssen Aufklärung, Sensibilisierung sowie Effizienzaktivitäten in der gesamten Wertschöpfungskette stehen. Dirigistischen Maßnahmen ist eine Absage zu erteilen.

8. Rohstoffverfügbarkeit sichern

Die Ernährungsindustrie verarbeitet rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Rohstoffe zu hochwertigen Lebensmitteln.

Angesichts der langfristig weltweit steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln muss die künftige Agrarpolitik so ausgestaltet sein, dass eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung der weiterverarbeitenden Ernährungsindustrie gewährleistet ist. Vor dem Hintergrund zunehmender Rohstoffpreisschwankungen sind eine höhere Markttransparenz und die Stärkung von Warentermingeschäften zur Preisabsicherung notwendig. Eine Finanztransaktionssteuer, die in der derzeitigen Ausgestaltung auch die Realwirtschaft belasten würde, lehnen wir ab.



9. Nachhaltigkeitsziele transparent und gemeinsam verfolgen

Die Ernährungsindustrie ist sich ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Lebensmittelherstellung bewusst und engagiert sich bereits umfangreich für Nachhaltigkeit gegenüber ihren Anspruchsgruppen in der Produktion und den Lieferketten. Dabei begreift die Branche Nachhaltigkeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur in Zusammenarbeit aller Akteure gelöst werden kann.

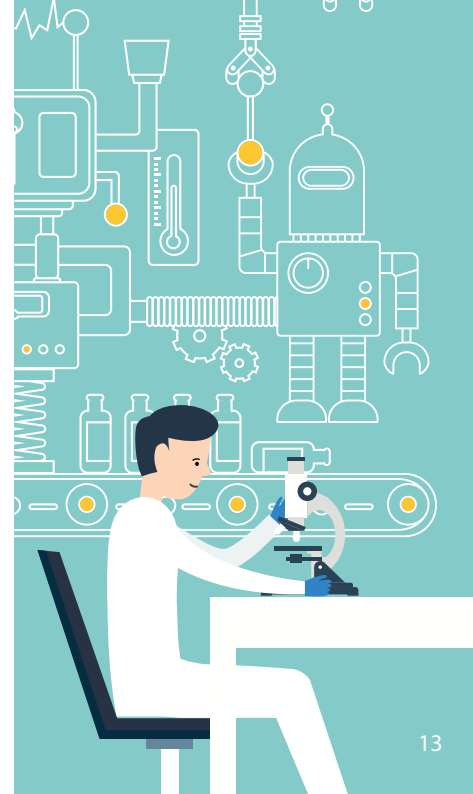
Wir fordern die zukünftige Bundesregierung zu einer auf allen Politikebenen kohärenten und abgestimmten Nachhaltigkeitspolitik, die die Unterstützung von freiwilligem unternehmerischem Engagement und eine verhältnismäßige staatliche Regulierung im Fokus hat, auf.

Bei der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen muss der angemessene und ausgewogene Einbezug der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft gewährleistet sein, wobei bei allen Entscheidungsprozessen alle Akteurs- und Anspruchsgruppen aktiv beteiligt werden sollten.



10. Stärkere Förderung der Industriellen Gemeinschaftsforschung

Die überwiegend mittelständisch und eigentümergeführten Unternehmen der Ernährungsindustrie bestehen im globalen Wettbewerb nur dann, wenn es ihnen gelingt, sich mit innovativen Produkten, Prozessen und Dienstleistungen am Markt zu etablieren. Dazu gehört auch die Übertragung von Innovationen wie Industrie 4.0 in branchengerechte Anwendungen. Ziel der Politik muss es deshalb sein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Forschungsaktivitäten mittelständischer Unternehmen stärker zu unterstützen. Indirekte Fördermaßnahmen wie insbesondere die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) haben sich wegen ihres themenoffenen Charakters und ihrer branchenübergreifenden Nutzung als breitenwirksamste Instrumente der Technologiepolitik mit großer Hebelwirkung erwiesen und sollten verstärkt gefördert werden. Oft ermöglicht es erst die Industrielle Gemeinschaftsforschung, dass mittelständische Unternehmen Forschung und Entwicklung betreiben. Sie fördert die Kooperationsfähigkeit der Unternehmen, bettet sie in innovative Forschungsnetzwerke ein und unterstützt deutlich die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte für die Industrie.



Über uns

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. ist der wirtschaftspolitische Spitzenverband der deutschen Lebensmittelhersteller. Sie vertritt die Interessen der mit 569.000 Beschäftigten drittgrößten Industriebranche in Deutschland gegenüber Politik, Öffentlichkeit, Marktpartnern und den Medien.



www.bve-online.de

Kontakt:

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. (BVE)

Hauptgeschäftsführer: Christoph Minhoff

Claire-Waldoff-Straße 7

10117 Berlin

Telefon: 030/200 786-0

E-Mail: bve@bve-online.de

